

## Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 12. März 1997

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	33, 34	Dr. Niese, Rolf (SPD)	27, 28
Barthel, Klaus (SPD)	5, 6	Oesinghaus, Günter (SPD)	24
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46	Palis, Kurt (SPD)	3, 4
Behrendt, Wolfgang (SPD)	14, 15	Reschke, Otto (SPD)	25, 26
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Dr. Schäfer, Hansjörg (SPD)	38, 39
Caspers-Merk, Marion (SPD)	35, 36	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	10, 11
Conradi, Peter (SPD)	22, 23	Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	47, 48
Erlar, Gernot (SPD)	7, 37	Schwanitz, Rolf (SPD)	53
Irber, Brunhilde (SPD)	16, 17	Stiegler, Ludwig (SPD)	60
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	51, 52	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Köhne, Rolf (PDS)	8, 9	Terborg, Margitta (SPD)	56, 57
Kubatschka, Horst (SPD)	18, 19	Graf von Waldburg-Zeil, Alois (CDU/CSU)	42
Lamp, Helmut (CDU/CSU)	20, 21	Wallow, Hans (SPD)	31, 32
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	40, 41	Warnick, Klaus-Jürgen (PDS)	58, 59
Dr. Luft, Christa (PDS)	54, 55	Weiermann, Wolfgang (SPD)	1, 2
Matthäus-Maier, Ingrid (SPD)	29, 30	Dr. Wolf, Winfried (PDS)	12, 13

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen . . . . .	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft**

1. Abgeordneter  
**Wolfgang Weiermann**  
(SPD)  
Ist die Bundesregierung bereit, die Europäische Union aufzufordern, mindestens so lange der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag) besteht, Verantwortung für die Montanindustrien und Montanregionen zu übernehmen und die Gemeinschaftsinitiativen „Resider“ (Umstellung der Stahlgebiete) und „Rechar“ (Umstellung der Kohlereviere) mindestens bis zum Jahr 2002 aufrechtzuerhalten?
  
2. Abgeordneter  
**Wolfgang Weiermann**  
(SPD)  
Ist der Bundesregierung bekannt, daß die EU-Kommission entgegen den Vereinbarungen im EGKS-Vertrag eine schrittweise Rückführung der Montanumlage beschlossen hat, und ist die Bundesregierung nicht auch der Überzeugung, daß der EGKS-Vertrag im Interesse der Planungssicherheit für die Montanindustrie und insbesondere der sozialpolitischen Flankierung der zu erwartenden Anpassungsprozesse zumindest bis zum Ende der vertragsgemäßen Laufzeit als selbständiges Rechtsinstrument bewahrt und funktionsfähig erhalten werden muß?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung**

3. Abgeordneter  
**Kurt Palis**  
(SPD)  
Sind der Bundesregierung Empfehlungen der Pflegekassen für eine bundeseinheitliche Standardpflegesatzvereinbarung für die stationäre Pflege bekannt, und wenn ja, wie bewertet sie diese in Hinsicht auf die Auswirkungen auf Betreuung und Pflege der alten Menschen in Altenpflegeeinrichtungen und auf den Bestand dieser Einrichtungen?
  
4. Abgeordneter  
**Kurt Palis**  
(SPD)  
Welche Möglichkeiten der Einflußnahme bestehen in der Frage des Abschlusses von bundeseinheitlichen Standardpflegesätzen für die stationäre Pflege seitens des Bundesgesetzgebers?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

5. Abgeordneter  
**Klaus  
Barthel**  
(SPD)
- Treffen Presseberichte (z. B. SZ Regionalausgabe „Tölzer Neueste Nachrichten“ vom 28. Januar 1997) zu, wonach es Bundeswehrangehörigen seitens des Bundesministeriums der Verteidigung oder einzelner Vorgesetzter untersagt sei bzw. war, die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in München bzw. die Eröffnungsveranstaltung am 24. Februar 1997 in der Münchener Ludwig-Maximilian-Universität in Uniform zu besuchen, und wenn ja, mit welcher Begründung geschah dies?
6. Abgeordneter  
**Klaus  
Barthel**  
(SPD)
- Über welche Informationen über den Besuch von uniformierten Bundeswehrangehörigen auf Veranstaltungen, die gegen die besagte „Wehrmachtsausstellung“ in München gerichtet waren, wie beispielsweise die Veranstaltung der Münchener CSU am Denkmal des Unbekannten Soldaten am 24. Februar 1997 oder die Aktivitäten am 1. März 1997, verfügt die Bundesregierung, und wie bewertet sie das Verhalten solcher Bundeswehrangehöriger, die allein schon in den Nachrichtensendungen der ARD am 24. Februar 1997 in Uniform auf den CSU-Veranstaltungen desselben Tages zu sehen waren?
7. Abgeordneter  
**Gernot  
Erler**  
(SPD)
- Welche Ausrüstungsgegenstände hat die Armee Albaniens seit 1990 bis heute aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten, und welche Unterstützungsmaßnahmen durch gemeinsame Übungen, Ausbildung oder sonstige Hilfsmaßnahmen sind seitens der Bundeswehr und der Bundesregierung zugunsten der albanischen Streitkräfte bisher gewährt worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr**

8. Abgeordneter  
**Rolf  
Köhne**  
(PDS)
- Was hätte nach Einschätzung der Bundesregierung schlimmstenfalls passieren können, wenn bei dem Zugunglück in der Nacht zum 19. Februar 1997 im Frankfurter Südbahnhof statt des Containerzuges ein „Castor“-Transport beteiligt gewesen wäre?

9. Abgeordneter  
**Rolf Köhne**  
(PDS)
- Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Zugangslück bezüglich der „Castor“-Transporte?
10. Abgeordneter  
**Dietmar Schlee**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach geltendem Recht eine Person, die die Sicherheit des Verkehrs auf Schiene oder Straße erheblich gefährdet, z. B. im Schienenverkehr durch Wurfanker oder Zerstören von Gleisanlagen, im Straßenverkehr durch die Errichtung von verkehrsgefährdenden Hindernissen oder ähnliche Maßnahmen, so erhebliche persönliche Mängel hinsichtlich Verkehrssicherheitsbewußtsein, Verkehrsmoral und Verantwortungsbeußtsein offenbart, daß sie zur Teilnahme am Straßenverkehr kaum noch geeignet erscheint, und daß die Straßenverkehrsbehörde deshalb – unabhängig von Bußgeld oder Strafverfahren – zunächst ex officio die Fahrerlaubnis widerrufen und den Führerschein einziehen müßte?
11. Abgeordneter  
**Dietmar Schlee**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nach rechtlicher Überprüfung ggf. bereit, in diesem Sinne auf die obersten Straßenverkehrsbehörden der Länder einzuwirken?
12. Abgeordneter  
**Dr. Winfried Wolf**  
(PDS)
- Ist der Bundesregierung das Mitte Februar vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vorgestellte Konzept des Ostsee-Expreses von Hamburg nach Stralsund bekannt, und wie begründet sie die Absicht, den Abschnitt Ribnitz-Damgarten – Velgast der als Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 1 vorgesehenen Eisenbahnstrecke Rostock – Stralsund trotz hohen Verkehrsaufkommens nur eingleisig auszubauen?
13. Abgeordneter  
**Dr. Winfried Wolf**  
(PDS)
- Welche Gründe sind aus der Sicht der Bundesregierung für die unterschiedliche Behandlung der Verkehrsträger Schiene und Straße verantwortlich, die Eisenbahnanbindung der Insel Usedom über die neuerrichtete Brücke in Wolgast wesentlich später zu realisieren als die Straßenanbindung im Zuge der B 111, obwohl die Brücke für beide Verkehrsträger bereits fertiggestellt ist?
14. Abgeordneter  
**Wolfgang Behrendt**  
(SPD)
- Aus welchen von der Bundesregierung zu vertretenden Gründen haben sich die Bahnbauarbeiten in Berlin-Spandau im Bereich des ehemaligen Fernbahnhofes, die ursprünglich bis Februar 1994 abgeschlossen sein sollten, um Jahre verzögert?

15. Abgeordneter  
**Wolfgang Behrendt**  
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung aufgrund der durch die Bahnbauarbeiten verursachten jahrelangen Beeinträchtigungen gegenüber Anwohnern und Gewerbetreibenden eine Entschädigungspflicht, und gegen wen richtet sich diese ggf.?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

16. Abgeordnete  
**Brunhilde Irber**  
(SPD)
- Entspricht die Aussage des Pressesprechers des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, die Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe Endlagerung stark wärmeentwickelter radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen Deutschlands vom November 1994 habe „mit der Frage möglicher Zwischenlager-Standorte nichts zu tun“ (s. Passauer Neue Presse vom 13. Februar 1997), der Auffassung der Bundesregierung?
17. Abgeordnete  
**Brunhilde Irber**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung eine endgültige Aussage dahingehend treffen, daß eine Zwischen- oder Endlagerung radioaktiver Abfälle in dem durch das oben genannte Gutachten als Ersatzstandort erkundeten Saldenburger Granit derzeit und für die Zukunft nicht vorgesehen ist?
18. Abgeordneter  
**Horst Kubatschka**  
(SPD)
- Gibt es wissenschaftliche Erkenntnisse über mögliche Reaktionen von Granitgestein bei Erhitzung und radioaktiver Strahlung bei der Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle?
19. Abgeordneter  
**Horst Kubatschka**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß aufgrund der in der Studie „Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen Deutschlands – Untersuchung und Bewertung von Regionen nicht nichtsalinaren Formationen“ der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) festgelegten Ausschlußkriterien, wie u. a. „Schutzgebiete, wie großflächige Nationalparke, . . .“ (Seite 17) der als Ersatzstandort erkundete Saldenburger Granit wegen seiner unmittelbaren Nähe zum Nationalpark Bayerischer Wald als Lagerstätte ausgeschlossen werden muß?

20. Abgeordneter  
**Helmut Lamp**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel durch Holzschutzmittel belastetes Bau- und Abbruchholz jährlich in Deutschland anfällt und zur Entsorgung in welche Staaten exportiert wird?
21. Abgeordneter  
**Helmut Lamp**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob in diesen Ländern das aus Deutschland stammende Bau- oder Abbruchholz nach vergleichbaren Vorgaben wie in Deutschland entsorgt wird?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

22. Abgeordneter  
**Peter Conradi**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Landesregierung von Baden-Württemberg beabsichtigt, das mit Bauaufgaben des Bundes beauftragte Staatliche Hochbauamt II Stuttgart mit dem Staatlichen Hochbauamt Tübingen zusammenzulegen und nach Reutlingen zu verlegen, und hält die Bundesregierung eine wirtschaftliche Organisation des Bauunterhalts und der anstehenden Baumaßnahmen bei rund 1400 Bundesliegenschaften, davon allein 1600 Bundesmietwohnungen im Großraum Stuttgart, von Reutlingen aus für möglich?
23. Abgeordneter  
**Peter Conradi**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß die staatlichen Hochbauämter in Stuttgart wie in Tübingen unter finanzieller Beteiligung des Bundes in bedarfsgerechten Dienstgebäuden untergebracht sind und bei einem Umzug nach Reutlingen aufgegeben und durch zu errichtende, ggf. erwerbende oder anzumietende Gebäude ersetzt werden müssen?
24. Abgeordneter  
**Günter Oesinghaus**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um den Gesundheitsschutz der Mitarbeiter der Deutschen Welle und die Funktionsfähigkeit des Senders im Funkhaus in Köln nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in Kassel vom 19. Februar 1997 sicherzustellen, und ist in diesem Zusammenhang geplant, durch eine Verfügung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau feststellen zu lassen, daß das Gebäude in Köln als endgültig saniert zu betrachten ist bzw. die 1992 erfolgte Zwischensanierung bis 2002 als eine der endgültigen Sanierung gleichstehende Maßnahme betrachtet werden kann?

25. Abgeordneter  
**Otto Reschke**  
(SPD)
- Bis wann werden die ausgeschriebenen Sanierungsarbeiten am Schürmann-Bau bei geplantem Baubeginn im April 1997 vollständig abgeschlossen sein, und welche Weiterbaumaßnahmen können parallel zu den laufenden Sanierungsarbeiten durchgeführt werden?
26. Abgeordneter  
**Otto Reschke**  
(SPD)
- Wie viele Monate werden für die Weiterbaumaßnahmen bis zur Fertigstellung des Schürmann-Baus veranschlagt, und ab welchem Zeitpunkt, d. h. bei welchem Stand des Baufortschritts der Weiterbaumaßnahmen, ist die volle Funktionsfähigkeit der Deutschen Welle inklusive Sendebetrieb im Schürmann-Bau gewährleistet, wenn der Sender – wie von der Bundesregierung geplant und vor dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages im September 1996 von ihr so verkündet – im Bonner Schürmann-Bau mit digitaler Rundfunktechnik senden soll?
27. Abgeordneter  
**Dr. Rolf Niese**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die für die Schäden am Schürmann-Bau als Schädiger angesehene Firma ihren Standort in Deutschland aufgelöst hat, und welche Konsequenzen hat dies für den angestrebten Prozeß?
28. Abgeordneter  
**Dr. Rolf Niese**  
(SPD)
- Wie hoch ist die Gesamtsumme der Forderungen baubeteiligter Dritter an den Bund für am Schürmann-Bau erlittene Schäden, und wie ist der Stand der Vergleichsverhandlungen mit den betroffenen Firmen?
29. Abgeordnete  
**Ingrid Matthäus-Maier**  
(SPD)
- Wie lautet der genaue Inhalt des Auftrages, den Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl nach Pressemeldungen – z. B. in der FRANKFURTER ALLGEMEINE – in der Kabinettsitzung am 5. März 1997 an Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, erteilte, für die Deutsche Welle Standorte in Berlin oder Leipzig zu prüfen, und rückt die Bundesregierung damit von ihrem Kabinettsbeschluß vom 11. Oktober 1995 ab, demzufolge die deutsche Welle in den fertiggestellten Schürmann-Bau einziehen soll?
30. Abgeordnete  
**Ingrid Matthäus-Maier**  
(SPD)
- Welche Verträge und Vereinbarungen wurden mit dem Architekten Schürmann über die Genehmigungsplanung für die Ober- und Untergeschosse des Schürmann-Baus – insbesondere welche Honorarvereinbarungen – abgeschlossen?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

31. Abgeordneter  
**Hans  
Wallow**  
(SPD)
- In welcher Weise wird die Verwendung von Mitteln für humanitäre Hilfe, die die Bundesregierung Nichtregierungsorganisationen (NROs) zur Verfügung stellt, kontrolliert, und inwieweit haben diese Evaluierungen in der Vergangenheit besondere Schwachstellen in der Arbeit der NROs aufgezeigt?
32. Abgeordneter  
**Hans  
Wallow**  
(SPD)
- Welche Anteil finanziert die Bundesrepublik Deutschland am Etat bzw. den Projektvereinbarungen des Amtes für Humanitäre Soforthilfe der EU-Kommission (ECHO), und welchen prozentualen Anteil erhielten in der Vergangenheit deutsche Stellen bzw. Nichtregierungsorganisationen aus diesen Mitteln?
33. Abgeordneter  
**Jürgen  
Augustinowtz**  
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung die Haltung der französischen Regierung, daß die Resolution des Europäischen Parlaments zu den neuen ausländerrechtlichen Regelungen in Frankreich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs bedeutet, die den Kompetenzbereich des Europäischen Parlaments überschreitet?
34. Abgeordneter  
**Jürgen  
Augustinowtz**  
(CDU/CSU)
- Wird sich die Bundesregierung in einer ähnlichen Situation ebenfalls gegen eine Einmischung des Europäischen Parlaments in eine der nationalen deutschen Souveränität unterliegende Angelegenheit verwahren?
35. Abgeordnete  
**Marion  
Caspers-Merk**  
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung ihre Teilnahme an einer Veranstaltung des Hungerprojektes Deutschland e. V. im Rahmen der Verleihung des Afrika-Preises, wo doch diese Organisation seit Mitte der achtziger Jahre in Zusammenhang mit EST (Erhard-Seminar-Training), einem umstrittenen Psychokult, gebracht wird (s. Badische Zeitung vom 18. Februar 1997 und Handbuch Religiöse Gemeinschaften)?
36. Abgeordnete  
**Marion  
Caspers-Merk**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung von der Verbindung des Hungerprojektes Deutschland e. V. zu EST Kenntnis gehabt?

37. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD)
- Welche Unterstützung hat der albanische Präsident Sali Berisha sowie die soeben zurückgetretene Regierung Mexi aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten, und welche Pläne verfolgt die Bundesregierung weiterhin zur Unterstützung des albanischen Präsidenten und der albanischen Regierung?
38. Abgeordneter  
**Dr. Hansjörg Schäfer**  
(SPD)
- Welchen Status haben nach dem NATO-Truppenstatut die Beschäftigten der General Services Administration (GSA) in dem schon laufenden Pilotprojekt oder bei geplanten Vorhaben der US-Streitkräfte?
39. Abgeordneter  
**Dr. Hansjörg Schäfer**  
(SPD)
- Was bedeutet das Engagement der GSA für die Arbeitsplätze der ortsansässigen Zivilbeschäftigten?
40. Abgeordnete  
**Dr. Elke Leonhard**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung, um den in den Verhandlungen mit der Russischen Föderation über das in Rußland befindliche deutsche sog. „Beutekulturgut“ durch die Gesetzesnovelle des russischen Parlaments zur Verstaatlichung des „Beutekulturguts“ eingetretenen Rückschlag in den Verhandlungen über eine Rückführung der Kulturgüter zu überwinden?
41. Abgeordnete  
**Dr. Elke Leonhard**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um bei der sich abzeichnenden Auseinandersetzung zwischen dem russischen Parlament und Präsident Boris Jelzin – nicht zuletzt über das nunmehr auch vom Föderationsrat gebilligte Gesetz zur Verstaatlichung des sog. „Beutekulturgutes“ – förderlich auf den demokratischen Prozeß in Rußland einzuwirken, ohne die deutsche völkerrechtskonforme Rechtsposition in dieser Angelegenheit aufzugeben?
42. Abgeordneter  
**Alois Graf von Waldburg-Zeil**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Inhalt eines Artikels in LE MONDE von Mittwoch, den 26. Februar 1997, nach dem sich noch 653 000 Flüchtlinge aus Ruanda in Zaire befinden sollen sowie 117 000 burundische Flüchtlinge, über deren Schicksal und Verbleib wenig bekannt ist und zu befürchten steht, daß sie Opfer systematischer Massaker durch die sog. Tutsi-Rebellen oder systematischen Verhungernlassens sind, und wie gedenkt sie in europäischer und internationaler Abstimmung zu reagieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

43. Abgeordnete  
**Annelie  
Buntenbach**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß Rechtsextreme zu einer Veranstaltung von „fast 5000 alten und neuen Nazis“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 3. März 1997) am 1. März 1997 in München aufrufen, und was hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit diesem teilnehmerstärksten rechtsextremen Aufmarsch der letzten Jahre im Rahmen ihrer Zuständigkeit ggf. unternommen?
44. Abgeordnete  
**Annelie  
Buntenbach**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die oben genannte Veranstaltung am 1. März 1997 in München hinsichtlich einer möglichen motivierenden Wirkung auf den bundesdeutschen Rechtsextremismus, und wie beurteilt die Bundesregierung die oben genannte Veranstaltung hinsichtlich ihrer Wirkung auf rechtsextreme Gewalttäter?
45. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die zur Zeit in München gezeigte Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ die Rolle der Wehrmacht im 2. Weltkrieg, die objektiv einen verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg geführt hat und bei der auch einzelne Verbände, teils im Vollzug von Weisungen höchster Wehrmachtsstellen, mit der Erschießung von Gefangenen, bei Massakern in besetzten Gebieten und durch Beteiligung am Judenmord schwerstes Unrecht begangen haben, und welche Konsequenzen zieht sie hieraus für die politische Bildungsarbeit?
46. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkung des öffentlichen Streites um die zur Zeit in München gezeigte Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ für die Agitation und Sammlungsversuche rechtsextremer Kreise, und welche Funktion für die Strategie, Agitation und Propaganda der Rechtsextremisten hat nach Kenntnis der Bundesregierung oder des Bundesamtes für den Verfassungsschutz das Lob führender Rechtsextremisten wie der Republikaner Schönhuber und Schlierer oder des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt für die Äußerungen des Münchner CSU-Vorsitzenden Gauweiler in diesem Zusammenhang (s. STERN vom 27. Februar 1997)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

47. Abgeordneter  
**Horst  
Schmidbauer  
(Nürnberg)  
(SPD)**
- Welche Maßnahmen will der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Dr. Jürgen Rüttgers, in bezug auf die Klonierung des Schafes Dolly durch das Roslin-Institut ergreifen, und welche Maßnahmen und Aktivitäten sollen auf europäischer Ebene eingeleitet werden, die eine solche Klondierung ausschließen?
48. Abgeordneter  
**Horst  
Schmidbauer  
(Nürnberg)  
(SPD)**
- Welche Rechtsgrundlage verbietet ein solches Klonen in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Maßnahmen will der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie für ein Verbot einleiten, wenn, entgegen seiner eigenen Aussage (s. Ärzte-Zeitung vom 27. Februar 1997), ein alleiniger Bezug auf das Grundgesetz nicht zureichend ist, und ein solches Befruchtungsverfahren nicht in den Gesetzesbereich des Gesetzes zum Schutz von Embryonen (Embryonenschutzgesetz – ESchG) fällt?
49. Abgeordneter  
**Manfred  
Such  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**
- Aus welchen Erwägungen gedenkt der Generalbundesanwalt, den an Großbritannien gerichteten Antrag, Roisin MacAliskey zur Durchführung eines Strafverfahrens nach Deutschland auszuliefern, aufrechtzuerhalten oder aber einstweilen auszusetzen angesichts des Umstands, daß die seit 20. November 1996 in Belfast inhaftierte Nordirin an Asthma sowie Rheuma leidet und im 7. Monat eine Risikoschwangerschaft austrägt, und inwieweit trifft der Bericht der „Tageszeitung“ vom 20. Februar 1997 zu, wonach die Anwältin der Bundesregierung laut ihrer Aussage im kürzlich erfolgten vierten Haftprüfungstermin angewiesen worden ist, eine Entlassung der Inhaftierten auf Kaution trotz angebotener 1 Mio. DM Sicherheit abzulehnen?
50. Abgeordneter  
**Manfred  
Such  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**
- Welche Auskunft kann die Bundesregierung über die dem Generalbundesanwalt vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte geben, unter den Gegnern des Castor-Transports hätten sich Strukturen einer terroristischen Vereinigung gebildet, sowie über die daraufhin etwa eingeleiteten Strafermittlungsverfahren gemäß § 129a des Strafgesetzbuches (vgl. DIE WELT vom 5. Februar 1997), und mit welcher Rechtfertigung haben Beamte des Bundeskriminalamts – einem

Bericht der Frankfurter Rundschau vom 21. Februar 1997 zufolge – am Vortag an der Durchsichtung der Wohnungen von 16 jungen Christen im KreisLüchow-Dannenberg teilgenommen wegen des Verdachts, diese hätten durch Mitarbeit an einem Flugblatt zu Straftaten aufgerufen?

51. Abgeordneter  
**Dr. Egon  
Jüttner**  
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, damit Banken gesetzlich verpflichtet werden, auf dem Kapitalmarkt erhaltene Zinssenkungen in einer angemessenen Zeitspanne an solche Kunden weiterzugeben, mit denen sie Darlehensverträge mit einem variablen Zinssatz abgeschlossen haben?

52. Abgeordneter  
**Dr. Egon  
Jüttner**  
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit die Opfer kommunistischer Zwangsenteignungen in den Jahren 1945 bis 1949 einen gerechten Ausgleich in Form einer Rückgabe des ihnen rechtswidrig genommenen Vermögens erhalten?

53. Abgeordneter  
**Rolf  
Schwanitz**  
(SPD)

Tritt der Bundesminister der Justiz, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, nach wie vor für „eine schlichte Streichung des Ausschlusses der Enteignungen zwischen 1945 und 1949 aus den allgemeinen Restitutionsregelungen des Vermögensgesetzes“ (FAZ Nr. 281 vom 2. Dezember 1996, S. 6) sowie dafür ein, den in schwierigen und langwierigen Verhandlungen erzielten Kompromiß beim Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz dadurch zu beseitigen, daß der von Alteigentümern zu entrichtende Rückkaufpreis entweder bis auf einen symbolischen Betrag herabgesetzt (FAZ Nr. 281 vom 2. Dezember 1996, S. 6) oder den Alteigentümern ein kostenloses Rückerwerbsrecht eingeräumt wird (Die Woche Nr. 4 vom 17. Januar 1997, S. 43)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

54. Abgeordnete  
**Dr. Christa  
Luft**  
(PDS)

Wie hoch wären nach Schätzung der Bundesregierung die Steuer-Mehreinnahmen bei einer Streichung der Verdoppelung der Sonderausgabenpauschale und der Streichung der Verdoppelung der Vorsorgeaufwendungen jeweils, die bei Zusammenveranlagung im jetzt geltenden Steuertarif anwendbar sind?

55. Abgeordnete  
**Dr. Christa Luft**  
(PDS)
- Wie hoch sind nach Schätzung der Bundesregierung die Mehr- oder Minder-Steuereinnahmen aus einer Umwandlung der Entfernungspauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in eine einheitliche verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale in Höhe von 0,50 DM bei Anlegung des jetzt geltenden Steuertarifs?
56. Abgeordnete  
**Margitta Terborg**  
(SPD)
- In welcher Auflage sind die Werbemappen von Bundesminister Dr. Theodor Waigel zur Steuerreform (Inhalt: eine Broschüre zur Steuerreform, eine Broschüre zur Rentenbesteuerung, eine Broschüre zur Besteuerung von Lebensversicherungen, ein Frage-Antwort-Katalog zur Steuerreform und ein Schaubild, zur Projektion geeignet) erstellt worden, und warum fehlt der Warnhinweis, daß diese Drucksachen nicht für Partei- und Wahlkampfzwecke verwendet werden dürfen, ausgerechnet bei den wichtigsten und zur Massenverteilung vorgesehenen Broschüren (Broschüre zur Steuerreform, Broschüre zur Besteuerung der Renten, Broschüre zur steuerlichen Behandlung von Lebensversicherungen)?
57. Abgeordnete  
**Margitta Terborg**  
(SPD)
- Fürchtet die Bundesregierung, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Broschüren schon deshalb Makulatur wird, weil in den Gesprächen mit der SPD wesentliche Teile des Steuerreformpakets verändert werden und die Informationen richtig gestellt werden müssen, und sind für solche evtl. Korrekturen bereits Mittel eingeplant worden?
58. Abgeordneter  
**Klaus-Jürgen Warnick**  
(PDS)
- Welche Angaben liegen der Bundesregierung darüber vor, wie hoch die aktuelle Abarbeitungsquote der Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen (auf die einzelnen Länder aufgeschlüsselt) bei Restitutionsansprüchen auf Häuser und Grundstücke in Ostdeutschland ist?
59. Abgeordneter  
**Klaus-Jürgen Warnick**  
(PDS)
- Wie viele Häuser und Grundstücke sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung (auf die einzelnen Länder aufgeschlüsselt) im Zeitraum vom 19. März 1990 bis zum 30. Juni 1990 in Ostdeutschland aus Volkseigentum (nach dem sog. „Modrow-Gesetz“) an Bürgerinnen und Bürger der DDR verkauft worden, und wie viele darunter sind nach Schätzungen der Bundesregierung als „unredlicher Erwerb“ einzustufen?

60. Abgeordneter  
**Ludwig  
Stiegler**  
(SPD)

Treffen Presseberichte zu, wonach die Bundesrepublik Deutschland aufgrund mangelhafter Zollkontrollen an den EU-Außengrenzen für die Jahre 1994 und 1995 Strafge­lder in Höhe von 130 Mio. DM bzw. 200 Mio. DM an die Europäische Kommission zu zahlen hat, und wird die Bundesregierung die notwendigen personellen Maßnahmen ergreifen, die die Voraussetzungen schaffen, daß der Grenzaufsichtsdienst künftig seinen Aufgaben sowohl im zöllnerischen wie im grenzpolizeilichen Bereich gerecht werden kann?

Bonn, den 7. März 1997

